

SIGNAL

Keine Toleranz für Gewalt und Terror

Die US-Behörden haben die „Antifa Ost“ und andere deutsche „Antifa“-Organisation auf ihre Terrorliste gesetzt. Wer einer dieser Organisationen zugeordnet werden kann, darf nicht in die USA einreisen. In Deutschland dagegen tun sich Politiker und Staatsanwälte immer wieder schwer damit, durchzugreifen gegen Gruppen, die gewalttätig agieren, wenn sie dies tun für den „Kampf gegen rechts“ oder für einen falsch interpretierten „Klimaschutz“.

Gewalt aber ist in gar keinem Fall ein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzungen: Gleichgültig, ob sie von „rechts“ oder von „links“ kommt. Und völlig unabhängig von der Frage, ob sie sich gegen Deutsche oder gegen Ausländer richtet, gegen Christen oder Muslime, gegen Atheisten oder gegen wen auch immer!

Bitte unterstützen Sie die Petition „Antifa-Verbot jetzt!“ mit Ihrer Unterschrift und mit einer (steuerlich abzugsfähigen) Spende! Fordern Sie weitere Exemplare dieser SIGNAL-Druckausgabe an, online unter www.signal-online.de oder telefonisch unter 030 66 40 84 13 - wir liefern umgehend!

Wichtig ist, dass diese Initiative aus der Bevölkerung kommt und möglichst breite Unterstützung findet. Dazu können wir alle einen kleineren oder größeren Beitrag leisten. Ich bin dankbar für jede Unterschrift und für jede Art von Zuspruch. Herzlich Dank für Ihre Mithilfe!

Manfred Rouhs



Mitmachen bis 18. März!

Petition Antifa-Verbot jetzt!

Gemäß Artikel 17 des Grundgesetzes, der jedermann das Recht gibt, sich mit Bitten und Beschwerden an die zuständige Stelle zu wenden, richten die Unterzeichner folgende Petition an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Bundestages:

Der Ausschuss wendet sich an das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit der Aufforderung, alle in Deutschland über die Grenzen eines Bundeslandes hinaus tätigen Personenzusammenschlüsse, die Gewalttaten und Sabotageakte begehen, nach § 3 des Vereinsgesetzes zu verbieten. Insbesondere sollen solche Personenzusammenschlüsse auch dann verboten werden, wenn sie sich als sogenannte „Antifa“ oder als „Klima-Aktivisten“ politisch positionieren. Vermeintlicher „Antifaschismus“ und „Klima-Aktivismus“ dürfen in Deutschland nicht länger ein Freibrief für die Begehung von Straftaten sein.

Bitte unterstützen Sie den vorstehenden Wortlaut der Petition „Antifa-Verbot jetzt!“ hier online:

[www.signal-online.de/
petition-antifa-verbot/](http://www.signal-online.de/petition-antifa-verbot/)

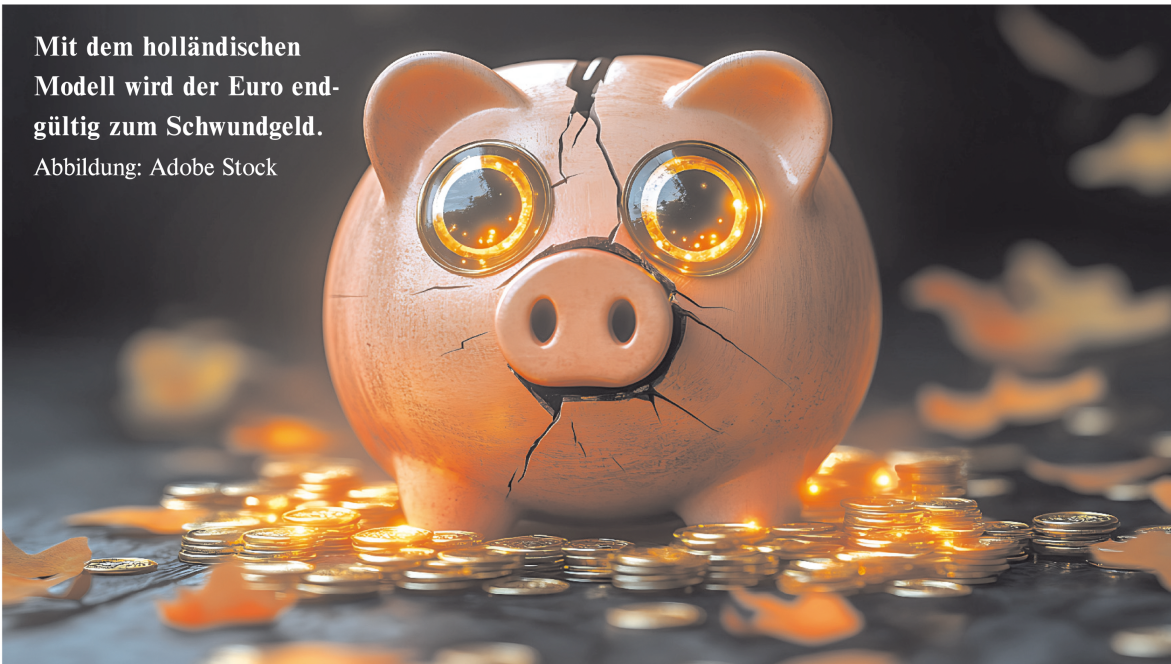
In historischer Würdigung der März-Revolution von 1848, in der deutsche Bürger Demokratie, Meinungsfreiheit und das Recht auf politische Mitbestimmung eingefordert haben, läuft diese Petition bis zum 18. März 2026.

Jeder Unterzeichner wird per eMail über den weiteren Verlauf des Verfahrens und über den Termin informiert, an dem der Beschwerdeausschuss des Bundestages über die Petition berät. Wir werden Ihnen diesen Termin und den Tagungsort rechtzeitig mitteilen. Die Sitzung wird öffentlich erfolgen. Sie können nach einer Anmeldung per eMail an der Sitzung teilnehmen.

Holland in Not:

Gesetzgeber will private Altersvorsorge unmöglich machen

Mit dem holländischen Modell wird der Euro endgültig zum Schwundgeld.
Abbildung: Adobe Stock



► **In den Niederlanden hat ein Gesetz die erste parlamentarische Hürde genommen, das künftig in unserem westlichen Nachbarland eine private Altersvorsorge unmöglich machen würde, falls es tatsächlich verabschiedet werden sollte.** Das ist für alle EU-Mitgliedsländer bedeutend: Was dem niederländischen Staat recht ist, kann der Regierung in jedem anderen Land der EU billig sein vor dem Hintergrund synchronisierter europäischer Rechts- und Steuervorschriften.

Dabei geht es um die Besteuerung nicht realisierter Kursgewinne auf Aktien, ETFs und Kryptowährungen ab dem Jahr 2028. Im hier verlinkten Video erklärt Prof. Dr. Christian Rieck die faktischen Auswirkungen der geplanten Steuer.

Wer mit Geldanlagen oder Kryptos auf Jahressicht Gewinne verbucht, diese aber nicht durch Verkäufe seiner Anlagen realisiert, soll auf den Papiergewinn Steuern bezahlen. Falls der Anleger nicht über entsprechende Liquiditätsreserven verfügt - also Geld so aufbewahrt, dass es inflationsbedingt immer weniger wird -, muss er folgerichtig in jedem Jahr, in dem seine Anlagen an Wert gewinnen, einen Teil davon verkaufen.



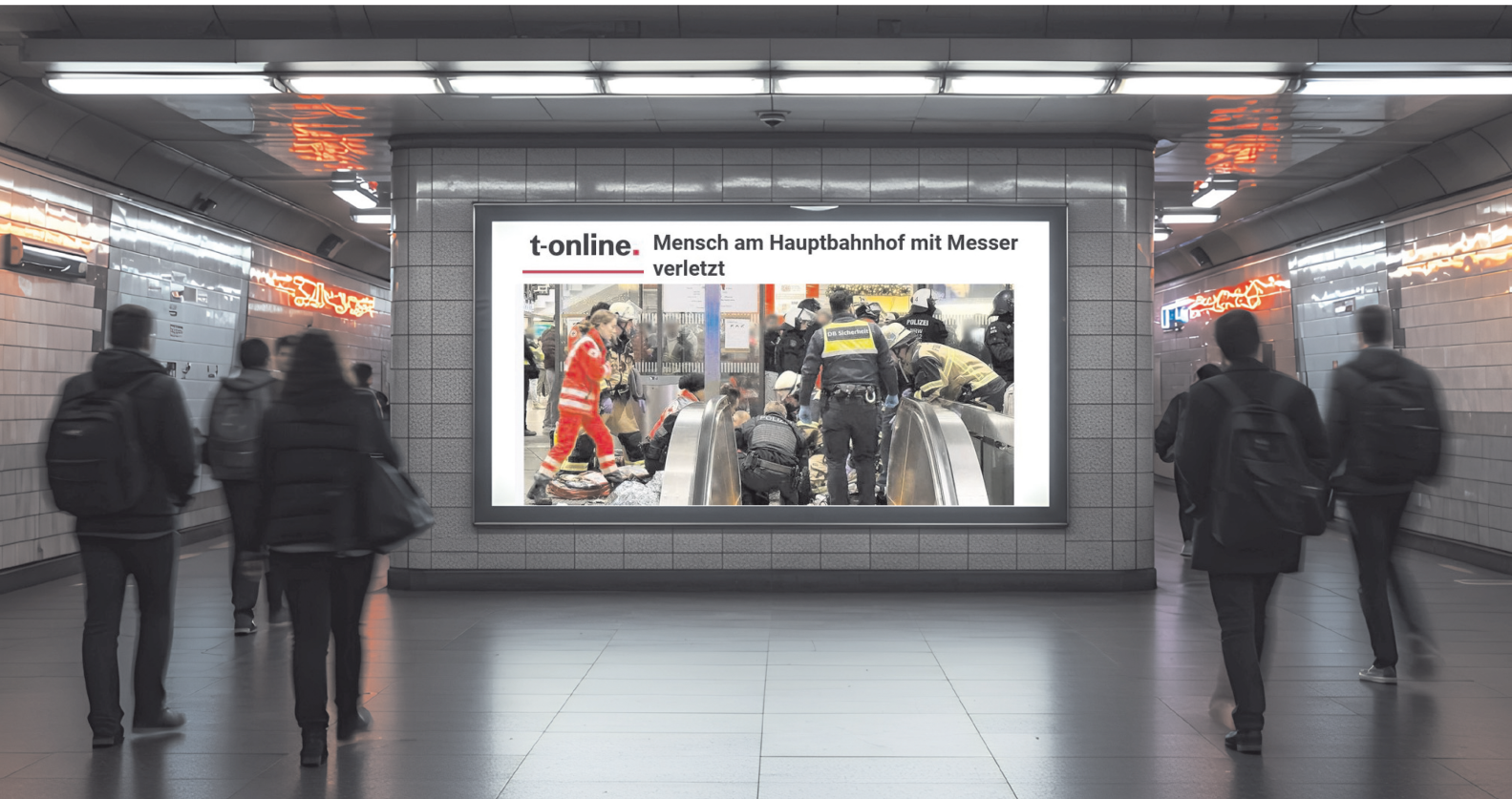
Das heisst: Private Geldanlagen werden unrentabel. Falls ihr Wert sinkt, wird das Vermögen des Anlegers immer weniger. Steigt der Wert, wird es ebenfalls weniger, weil in diesem Fall der Fiskus die Hand aufhält und Verkäufe erzwingt.

Institutionelle Investoren können sich der Wirkung einer solchen Kapitalvernichtungssteuer durch Flucht in die Schweiz entziehen. Privatpersonen dagegen, die womöglich ihre Altersvorsorge aufbessern wollen, haben das Nachsehen.

In Deutschland besitzen gut 14 Millionen Menschen Aktien, Aktienfonds oder ETFs. Das ist jeder fünfte Bürger. Hier tut sich vermeintlich eine riesige Geldquelle für die öffentliche Hand auf. Dass die Kapitalvernichtungssteuer dem Prinzip der ver-

brannten Erde folgt, dürfte für deren kurzzeitige Attraktivität aus statistischer Sicht keine Rolle spielen: Wie die Entwicklung der deutschen Bildungspolitik belegt, plant der Politikbetrieb nicht in Dekaden, sondern in Legislaturperioden. Was auf Sicht von vier bis fünf Jahren funktionieren könnte, wird gemacht. Dem folgt die Sintflut!

Die Entwicklung in den Niederlanden ist deshalb ein bedeutender Schritt in Richtung der Zerstörung der noch verbliebenen Reste des europäischen Wohlstands. Es bleibt nur zu hoffen, dass der Wähler die Protagonisten der Zerstörung möglichst bald aus der Verantwortung nimmt, bevor sie ihr Werk vollenden und die Flucht der Leistungsträger im DDR-Maßstab auf die Spitze treiben!



Immer mehr Bahnhöfe in Deutschland entwickeln sich zu Angstzonen. | Foto: Adobe Stock Foto

► Der Tod eines Zugbegleiters in Rheinland-Pfalz hat die deutsche Öffentlichkeit sensibilisiert für Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln und an Bahnhöfen. Dazu hat jetzt die Bundespolizei Zahlen für das Jahr 2025 veröffentlicht, wie der „Deutschlandfunk“ berichtet.

Demnach registrierten die Behörden in Zügen und an Bahnhöfen im vergangenen Jahr 980 Messerdelikte. Durchschnittlich ereigneten sich also zwei bis drei Messertaten täglich. Die genauen Zahlen der Schwerverletzten und der Todesopfer dieser Verbrechen sind bislang noch nirgendwo veröffentlicht worden. Offenbar ist die Aufmerksamkeit bei den Behörden geringer, wenn nicht Bahnmitarbeiter oder Bundespolizisten die Opfer sind, sondern Reisende wie Du und ich.

Tatsächlich werden Bundespolizisten in einem geradezu dramatischen Umfang ein Zielobjekt von Gewalttaten: 5.600 Mal war dies im Jahr 2025 der Fall,

Die Bahn auf Abwegen:

Schockierende Zahlen zur Kriminalität in Zügen und an Bahnhöfen

wie der Bericht der Bundespolizei ausweist.

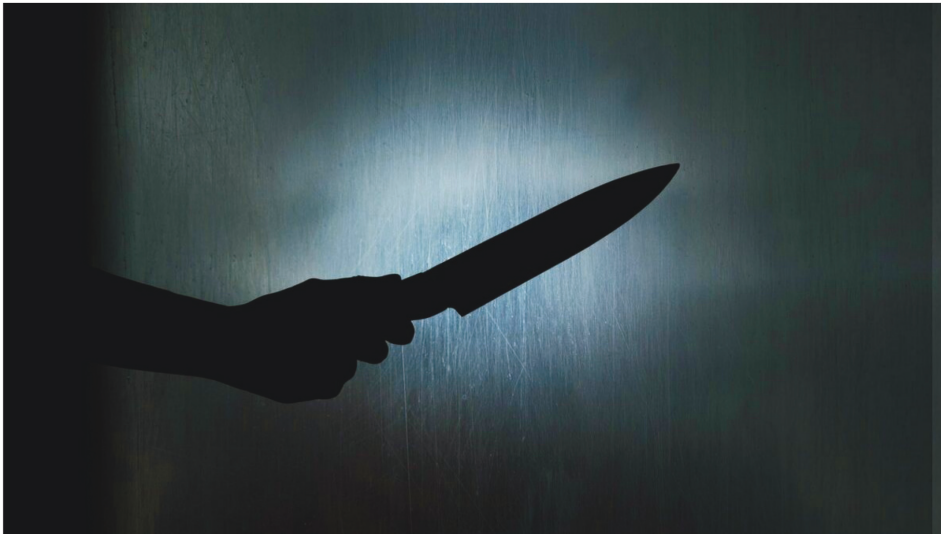
Sind Bahnreisen für Frauen sicher? Offenbar nicht immer. Im vergangenen Jahr notierte die Bahn in ihrem Verantwortungsbereich 2.200 Sexualdelikte. Also sechs Sex-Delikte täglich. Das ist keine gute Reklame für den öffentlichen Personenverkehr.

Zum Hintergrund der Täter stellt der Deutschlandfunk lapidar fest, „dass nichtdeutsche Tatverdächtige gemessen

an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung häufiger festgestellt worden seien als deutsche Beschuldigte“. - Wer hätte das gedacht?

Und welche Konsequenzen zieht die Politik aus diesen Zahlen? Die nüchterne Antwort auf diese Frage lautet: Annähernd keine. Vielleicht gibt es künftig mehr Bodycam-Aufnahmen der Täter. Vielleicht sind Fahrkartenkontrolleure 2026 öfter mal zu zweit unterwegs. Mehr scheint derzeit im besten Deutschland aller Zeiten nicht möglich zu sein.

Politik handlungsunfähig: Gewaltverbrecher aus Eritrea kann nicht abgeschoben werden



Der mittlerweile 29-jährige Mahmoud aus Eritrea narrt seit August 2020 die deutschen Behörden und begeht eine Gewalttat nach der anderen.

Die deutsche Justiz scheitert auch nach mehreren brutalen Gewalttaten an der Aufgabe, einen gemeingefährlichen Verbrecher aus Eritrea abzuschieben. Die Ursache des Problems ist politisches Versagen. Den Preis für dieses Versagen mussten im Januar 2026 drei junge Mitarbeiter des MediaMarktes in Ulm bezahlen, die der 29-jährige Mahmoud aus Eritrea niederstach. Eines seiner Opfer wurde dabei lebensgefährlich verletzt.

Dass Mahmoud gefährlich war, fiel bereits mehr als fünf Jahre zuvor auf. Denn im August 2020 schlug er aus nichtigem Anlass mit einem abgebrochenen Flaschenhals auf einen etwa gleichaltrigen Mitbewohner des Asylantenheims ein, in dem er auf Kosten des deutschen Steuerzahlers untergebracht war. Trotzdem hatten Polizei und Justiz keine Handhabe, die Allgemeinheit dauerhaft vor dem offenbar brutalen und zum Jähzorn neigenden Mann zu schützen.

Es reichte nur für eine Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Die war im Dezember 2025 verbüßt, so dass der Täter wieder auf seine Mitmenschen losgelassen wurde. Und das, obwohl er in der Haft randalierte, eine Toilettenschüssel aus der Verankerung riss und eine Videokamera zerstörte.

Warum konnte Mahmoud nach der Verbüßung seiner Haft nicht nach Eritrea abgeschoben werden?

Die ernüchternde Antwort des zuständigen baden-württembergischen Migrationsministeriums lautet: „Für eine Abschiebung notwendige Identitätsdokumente lagen im konkreten Fall nicht vor.“ Das berichtet der „Focus“, der eine entsprechende Anfrage an die Behörde gerichtet hatte. Eritrea wirkt bei der Rückführung seiner Staatsbürger nicht mit und stellt beispielsweise keine Ersatz-Identitätsdokumente aus.

Müssen wir die Aktivitäten solcher Verbrecher als gottgegeben und unabwehrbar hinnehmen? Wohl kaum!

Der Gesetzgeber ist gefragt. Es kann nicht richtig sein, dass Personen, die ohne oder mit falschen Papieren nach Deutschland einreisen, relative Narrenfreiheit haben und zum dauerhaften Risiko für ihre Mitmenschen werden. Falls es Friedrich Merz ernst meinen würde mit der Migrationswende, würden er und seine Regierung dieses Problem angehen, statt der Entwicklung tatenlos zuzusehen!

500 Milliarden Euro jährliche Migrationskosten

Die Migrationspolitik kostet den Steuerzahler rund 500 Milliarden Euro jährlich. SIGNAL Nr. 36 enthält dazu alle Fakten. Bitte kostenlos anfordern zur Weitergabe an politisch interessierte Freund und Bekannte: Telefonisch unter 030 - 66 40 84 13 oder per eMail an: kontakt@signal-online.de

Nr. 36 / 3. Quartal 2025 / 2XZ 1677



Migration: Mütter aller Probleme?

Herr Scheider hat im September 2019, als er noch Bundesinnenminister und CDU-Vorsitzender war, die Migration als „Mutter aller politischen Probleme“ in Deutschland bezeichnet. Beifolgt eine Politik der offenen Grenzen, darunter diese Auslegung von der Behauptung, in allen Fallentwicklungslinien in Deutschland seien „alle Ausländer Schuld“.

Das ist selbstverständlich völlig richtig. Unerschrocken werden muss zwischen der kritischen Auseinandersetzung mit der Migrationspolitik einer Regierung einseitig und andererseits mit Migranten und deren gutem oder schlechtem Verhalten, die sie Fremdenindividue abgeben kann, es aber nicht muss und auch nicht sollte.

Die vor Ihnen stehende Druckausgabe von SIGNAL betont auch mit dem ökonomischen Aspekt der



Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen: Sozialstaat oder offene Grenzen. Beides zusammen geht nicht.

Wahlversprechen gebrochen: Wo bleibt die Migrationswende, Herr Merz?

Die Zahl der in Deutschland zu verweilenden Asylbewerber stagniert seit dem Amtsantritt der Regierung Friedrich Merz unermesslich oberhalb von drei Millionen. Zurückweisen in den deutschen Grenzen

politischen Grenze zurückweisen werden sind! Dank der Hilfe von „Pro Asyl“ haben sie gegen die deutschen Behördenmaßnahmen gekämpft. Die Verfahren treten auf der Stelle. Die „Legal Tribune Online“ schreibt dazu:



Auf die Frage „Leben in Deutschland heute zu viele Ausländer oder nicht zu viele?“ sagen 61 Prozent, dass es zu viele sind.

Deutschland 2026:

Mehrheit gegen Massen-Migration

► **Die öffentliche Meinung ist nicht immer leicht zu fassen.** Je nachdem, wie der Demoskop fragt, befördert er mal das eine und mal ein anderes Ergebnis an den Tag. Die ermittelten Einstellungen, Neigungen und Meinungen sind das Resultat eigener Erfahrungen der Befragten, häufig aber auch ein Reflex auf jene virtuelle Realität, die Massenmedien und soziale Netzwerke schaffen.

Das Institut für Demoskopie in Allensbach ist die älteste derzeit noch bestehende demoskopische Institution in Deutschland. Die Einrichtung wurde 1947 von Elisabeth Noelle-Neumann ins Leben gerufen, die als Mutter der deutschen Meinungsforschung gilt. Das Institut ist nach wie vor weniger tendenziös als andere einschlägige Unternehmungen und enthält sich der Anwendung spekulativer, effektorientierter Methoden.

Alle Jahre wieder veröffentlichen die Allensbacher einen „Sicherheitsreport“ mit einheitlicher und deshalb von Jahr zu Jahr vergleichbarer Aufgabenstellung. Der 17. Sicherheitsreport ist gerade frisch ins Netz gestellt worden und als PDF-Datei kostenfrei abrufbar. Er ist politisch aussagekräftig und enthält keine wirklichen Überraschungen.

Immer weniger Deutsche führen sich sicher. 2025 waren es 60 Prozent, jetzt sind es noch 55 Prozent. Vor allem der Krieg in der Ukraine belastet die Stimmung. Zudem bereiten die Inflation, die steigende Kriminalität und der Andrang von Flüchtlingen nach Europa den Menschen Sorgen.

Die Sorgen der Bevölkerung beweisen ein hohes Maß an Urteilskraft der Befragten. Viele Deutsche schätzen die

Lage ebenso kritisch wie realistisch ein. Auf die Frage „Leben in Deutschland heute zu viele Ausländer oder nicht zu viele?“ sagen 61 Prozent, dass es zu viele sind. 2025 waren es noch 58 Prozent, die diese Auffassung vertraten.

Trotz ARD und ZDF lassen sich offenbar die meisten Deutschen ein X nicht als ein U vormachen. Die Leute begreifen mehr, als vielen Politikern recht sein kann. Bei den Wahlen zieht daraus aber offenbar nicht jeder Konsequenzen, denn sonst sähe die Zusammensetzung der Parlamente anders aus.

Aber auch, wenn es bei der Transformation abstrakter politischer Einschätzungen in wirksame Aktivitäten bei zu vielen Deutschen hakt, können wir bemerken: Der Trend macht Hoffnung. Noch ist Deutschland nicht verloren!

► **Im Februar 2026 streikten rund 4800 Piloten der Lufthansa und der Lufthansa Cargo. Auf das witterungsbedingte Chaos an den Flughäfen folgte deshalb nahtlos ein weiterer Ausfall zahlloser Flüge. Der volkswirtschaftliche Schaden belief sich auf mehrere hundert Millionen Euro pro Streiktag.**

Ein Copilot der Lufthansa startet mit 7.380 Euro monatlich ins Berufsleben. Erfahrene Kapitäne landen irgendwann bei 16.700 Euro. Monatlich, wohl gemerkt. Das verdient manch anderer im ganzen Jahr.

Davor haben die Mitarbeiter der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) einen ähnlichen Streik hingelegt, aber auf bescheidenerem Niveau: Erst machte Blitzeis in Berlin jeden, der kein Auto hat, zum Fußgänger. Dann verdeutlichten die BVG-Kutscher, dass sie mit 3.180 Euro brutto Einstiegsgehalt pro Monat plus 225 Euro Verkehrsdienstzulage für 37,5 Wochenarbeitsstunden nicht über die Runden kommen. Hinzu kommen Nacht-, Wochenend- und Feiertagszuschläge, 500 Euro Urlaubsgeld und eine Dienstkleidungspauschale von 80 Euro im Monat. Das Spitzengehalt beträgt unterhalb der Management-Ebene brutto 4.590 Euro monatlich.

Zwischen Lufthansapiloten und BVG-Fahrern klafft eine gewaltige Einkommenslücke, zumal Steuern und Sozialabgaben die Nettoeinkünfte massiv belasten. Nicht vergleichbar sind alle Branchen, in denen zuletzt wie auch aktuell gestreikt wurde, mit den echten Niedriglöhnern, denen oft das Wasser bis zum Hals steht und die es kaum schaffen, Miete, Strom und Auto zu bezahlen.

Deutschland erlebt seit Jahren einen beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang. Die Realeinkommen sinken. Was wir jetzt erleben, sind Verteilungskämpfe um die Frage, wer schneller absteigt und wer seine Privilegien länger verteidigen kann.

Gerne liefern wir Ihnen SIGNAL vier Mal im Jahr mit der Post. Bitte hier anfordern:
www.signal-online.de/zeitschrift



16.700 Euro monatlich nicht genug?

Luxus-Streiks belasten die deutsche Wirtschaft

Wenn wir die deutsche Volkswirtschaft wieder nach vorn bringen wollen, ist eine Reform des Streikrechts unverzichtbar:

Ein Streikrecht sollte nur bestehen für Arbeitnehmer, die weniger als viel-

leicht um die 80 Prozent des Durchschnittseinkommens einer Branche verdienen. Die Quote kann durchaus je nach Branche verschieden sein.

Allein schon eine solche Quotierung würde viele Arbeitskämpfe weit im Vorfeld abwenden: Die Arbeitgeber werden vorausschauend versuchen, ein Streikrecht ihrer Arbeitnehmer durch rechtzeitige Anpassungen der Einkünfte abzuwenden.

Hauptursachen des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands sind die Migrationspolitik, das Wachstum der Bürokratie und die Energiepolitik. Eine wichtige flankierende Maßnahme nach einem einschlägigen Kurswechsel wird einer Reform des Streikrechts werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,
AktENZEICHEN VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.